

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

Rechtskraftzeugnis

2 Wik 224/51

Beschluss

In der Rückerstattungssache

ist das *ma'steller*  
auf Grund Zust. Urk. v. *20*  
d. Besch. d. Urkds. B. d. Haas. Oberl.  
Ger. (§ 706,2 ZPO.) v.  
ü. d. Sekr. d. Board of Review v.  
am **9. Feb. 1952** erteilt.

des Ludwig Pototzky,

1, Lyncroft Gardens, London N.W. 6,

Antragstellers,

vertreten durch: Rechtsanwälte

Dres. Robert Neuhäuser, Werner Beselin, Hamburg 11,

gegen

das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch

die Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -,

diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Hamburg,

Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

Antragsgegner,

beschließt das Landgericht Hamburg, 2. Wiedergut-  
machungskammer, auf Grund der mündlichen Verhandlung  
vom 26. Juni 1951 durch die Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
2. Amtsgerichtsrat Ehrhardt,
3. Assessor Dr. Urban

am 29. Juni 1951:

Es wird festgestellt, daß der Antrags-  
gegner verpflichtet ist, dem Antragsteller  
(den Verlust von 9.000,-- RM für versteiger-  
ten Hausrat zu ersetzen.

Zeitpunkt des Verlustes ist der 29.  
Juli 1941.

Der Beschluß ergeht gerichtsgebühren-  
frei, außergerichtliche Kosten werden nicht  
erstattet.

Gründe:

Der jüdische Antragsteller hatte im Freihafen in  
Hamburg in einem Lift A.S. 1343 eine vollständige Wohnungs-

Jo.

Rechtskraftzeugnis

ist das *an A'gogner - 051 -*  
auf Grund Zust. Urk. v. *an A'gogner*  
d. Besch. des Ger. v. *an A'gogner*  
Ger. (§ 706,2 ZPO.) v.  
am **9. März 1952** erteilt. *an A'gogner*

einrichtung



einrichtung lagern, die im Auftrage der Gestapo durch den Auktionator C.F. Schlüter versteigert wurde. Der Brutto-Erlös betrug 3.409,40 RM. Der nach Abzug der Kosten verbleibende Netto-Erlös in Höhe von 2.886,80 RM wurde von dem Auktionator Schlüter am 29. Juli 1941 auf das Konto der ehemaligen Staatspolizeileitstelle abgeführt. Das Versteigerungsprotokoll des Auktionators Schlüter mit dem Ersteigerungserlös hinsichtlich jeden Gegenstandes ist noch vorhanden.

Der Antragsteller begehrt die Feststellung, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, ihm den Schaden von insgesamt 14.700,- RM zu ersetzen.

Er sei von Beruf Versicherungsdirektor gewesen. Der Wert des Hausrates habe im Zeitpunkt der Entziehung mindestens 14.700,- RM betragen.

Der Antragsgegner hat gegen den Rückerstattungsantrag dem Grunde nach keine Einwendungen erhoben, hat jedoch den Anspruch der Höhe nach für zu hoch gehalten.

Das Gericht hat durch Beschluß vom 12. Mai 1951 über den Verkehrswert der versteigerten Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung durch die Einholung eines Sachverständigengutachtens Beweis erhoben. Auf den Inhalt des Sachverständigengutachtens des Auktionators Schlüter vom 1. Juni 1951 (Bl. 7 d.A.) wird Bezug genommen.

Der Rückerstattungsanspruch ist begründet.

Die Beschlagnahme des jüdischen Hausrats und die anschließende Versteigerung sind eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Artikel 1 bis 3 REG. Und zwar handelt es sich um einen Staats- und Verwaltungsakt unter Mißbrauch der staatlichen Zwangsgewalt aus rassischen Gründen, der grundsätzlich zur Rückgabe der entzogenen Gegenstände verpflichtet. Da jedoch der Verbleib der versteigerten Gegenstände nicht hat aufgeklärt werden können, tritt an die Stelle des Rückerstattungsanspruchs

ein



ein Schadensersatzanspruch gemäß Artikel 26 Abs. 2 REG, der nach der ständigen Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts der Höhe nach auch ~~den~~ Wert der Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung begrenzt ist.

Der Gutachter Schlüter hat nach eingehender Prüfung einen damaligen Wert von 9000,-- RM für gerechtfertigt gehalten. Dieser Wert stimmt ungefähr mit den Erfahrungssätzen überein, die das Gericht in ähnlichen Fällen ermittelt hat. Der wahre Wert der versteigerten Gegenstände schwankt zwischen dem 1 1/2fachen und 2 1/2fachen des Versteigerungserlöses. Innerhalb dieser Grenzen bestimmt sich der Wert nach den Vermögensverhältnissen des Eigentümers, nach dem Erhaltungszustand der entzogenen Gegenstände sowie deren Alter. Da es sich in diesem Falle um einen verhältnismäßig reichen und gut erhaltenen Haushalt gehandelt hat, hält das Gericht einen damaligen Wert von 9.000,-- RM für angemessen.

Da der § 14 UG. die Umstellung der Reichsmarkforderungen gegen das Deutsche Reich einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten hat, hat das Gericht nach der ständigen Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts nicht auf Zahlung in D-Mark, sondern nur auf die im Tenor ersichtliche Feststellung erkennen können.

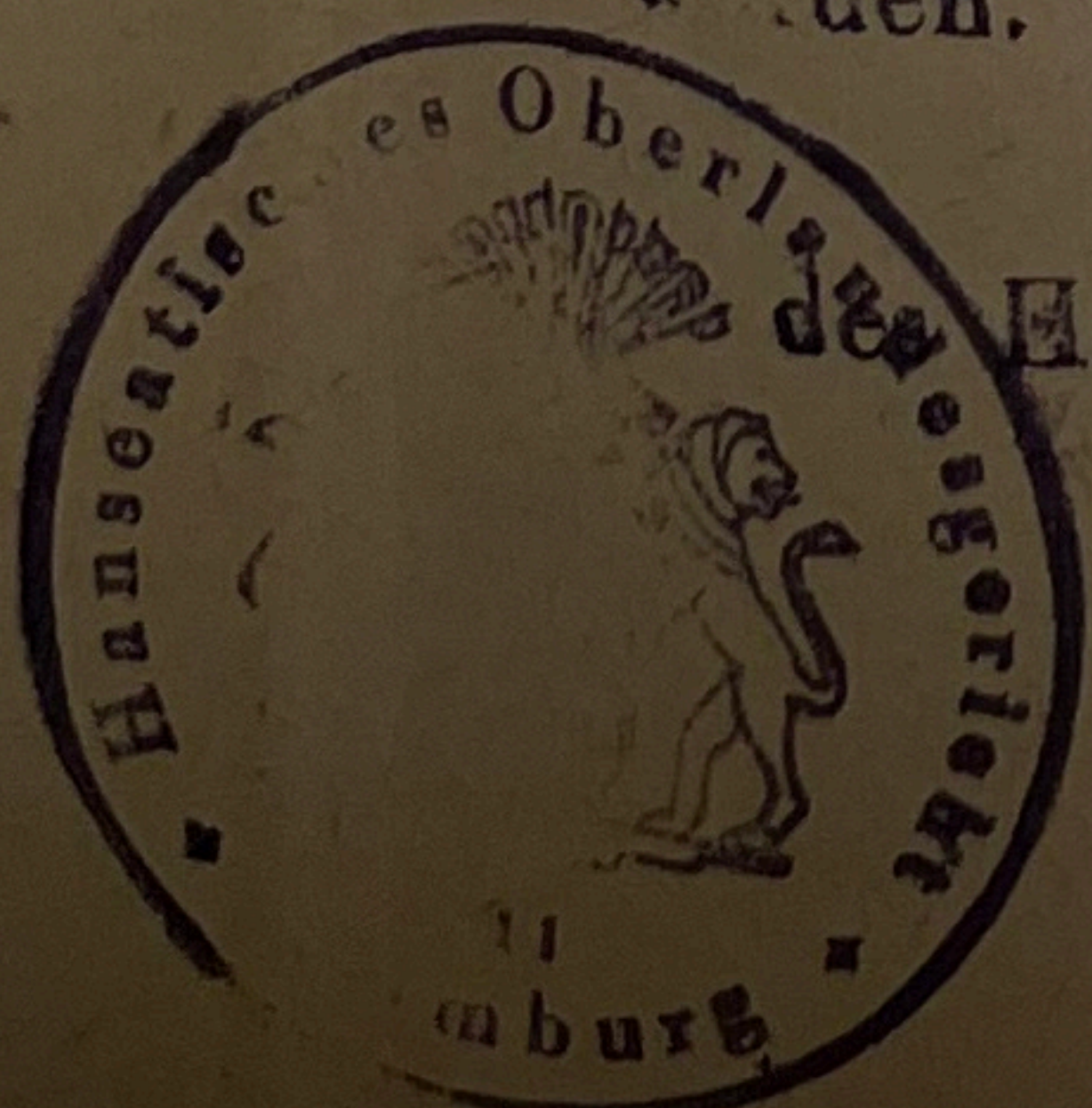
Der Beschluß ergeht gemäß Artikel 63 Abs. 1 REG gerichtsgebührenfrei. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

*Hoffert*  
*Erz. für die Ankl. d. H. R. R. R.*  
*Landgerichtsinhaber v. R. R. R.*

In bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis  
zum 23. Okt. 1951 einschl.

ein Rechtsmittelschrift bei dem Hanseatischen  
Oberlandesgericht nicht eingereicht  
worden. Hamburg, den 25. Okt. 1951

Die Geschäftsstelle  
des Hanseatischen Oberlandesgerichts



*L. R. R.*  
Justizinspektor